

Impf-Tempo: Berset verärgert Kantone

Bund droht Kantonen, die angeblich zu wenig schnell impfen. Dabei mahnte er in einem vertraulichen Dokument zur Reservebildung.

Patrik Müller

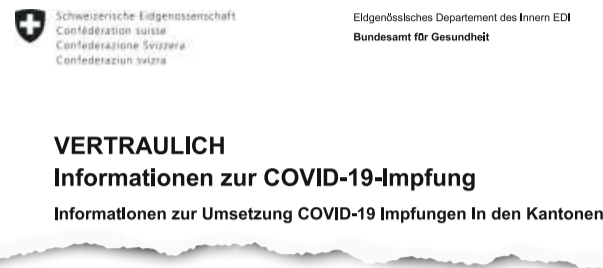
Gesundheitsminister Alain Berset und das Bundesamt für Gesundheit (BAG) müssen sich bei jeder Gelegenheit fragen lassen: Warum schafft es die Schweiz nicht, die Bevölkerung schneller durchzuimpfen? Wieso sind andere Länder, allen voran Israel, weiter als wir mit dem teuersten Gesundheitswesen der Welt?

Auf solche Kritik reagiert Berset zunehmend gereizt. Das berichten Teilnehmer einer Sitzung vom Samstag, an der sich Berset und die kantonalen Gesundheitsdirektoren ausgetauscht haben. Der SP-Bundesrat drängte die Kantone dazu, die bereits gelieferten Dosen raschestmöglich zu verimpfen. Bislang ist das aber erst bei 66 000 Dosen der Fall, obwohl insgesamt mehr als 400 000 Dosen angeliefert worden sind (siehe Ausgabe vom Freitag).

Berset wolle den Schwarzen Peter an die Kantone weitergeben, mutmassen deren Vertreter. Um seine Entschlossenheit zu demonstrieren, prüft der Bund jetzt, den Verteilschlüssel anzupassen und jene Kantone, die schon viele Impfungen durchgeführt haben, mit zusätzlichem Serum zu versorgen – und andere leer ausgehen zu lassen.

Noch vor zwei Wochen mahnte der Bund, Reserven zu halten

Die «NZZ am Sonntag» konkretisierte diese Drohung: Habe ein Kanton weniger als die Hälfte der Dosen verimpft, könnte er künftig keines mehr erhalten.



«Denken Sie daran, (...) Impfdosen für die Zweitimpfung zu reservieren»: Ausschnitt aus BAG-Schreiben an die Kantone.

Nora Kronig, Vizedirektorin im Bundesamt für Gesundheit (BAG), lobte in der Zeitung das Tessin, das bereits 80 Prozent der Dosen gespritzt hat. Hohe Werte haben auch Basel-Stadt, Nidwalden, Graubünden und Glarus. Basel-Stadt und das Wallis haben hingegen erst ein Viertel verbraucht, im Mittelfeld liegen der Aargau und Zürich.

Vertreter mehrerer Kantone reagieren verärgert darauf, dass Berset plötzlich aufs Tempo drückt. Noch vor zwei Wochen mahnte sein BAG in einem vertraulichen Dokument, das der CH-Media-Redaktion vorliegt, zu einem behutsamen Vorgehen.

In dem Dokument mit dem Titel «Informationen zur Umsetzung Covid-19-Impfungen in den Kantonen» heisst es: «Denken Sie daran, von den Ihnen zustehenden Kontingenten die auch benötigten Impfdosen für die Zweitimpfung nach ca. 4 Wochen zu reservieren. Diese Zweitimpfung muss mit demselben Impfstoff durchgeführt werden wie die erste Impfdosis.»

Gemäss dem Bundesamt für Gesundheit wäre es also falsch, jetzt schon die grosse Mehrheit des Impfstoffs zu verbrauchen. Denn das Express-Impfen birgt ein Risiko: Der Impfstoff kommt schubweise, und es ist jederzeit mit Lieferungsverzögerungen zu rechnen. Vor wenigen Tagen teilte Pfizer mit, in der Produktionsstätte in Belgien komme es zu erheblichen Verspätungen. Just diesen Impfstoff hat die Schweiz zuerst erhalten. Und es ist nicht möglich, die erste Impfung mit dem Pfizer-Biontech-Produkt zu machen und die zweite dann mit dem Moderna-Serum, von dem die Schweiz bald grosse Mengen erhalten wird.

900 000 Dosen von Moderna bis zum 22. Februar verfügbar

Laut dem BAG wird die Schweiz bis 1. Februar über 500 000 Impfdosen von Moderna verfügen, danach treffen bis 22. Februar weitere 400 000 ein. Insgesamt sind es also 900 000. Das Bundesamt hat in einer internen Auf-

listung die Liefermengen auf die einzelnen Kantone heruntergebrochen (siehe Tabelle rechts). Diese Kontingente wären infrage gestellt, sollte jetzt der Verteilschlüssel verändert werden.

Bei den Kantonen kommt diese Idee nicht gut an. «Dass ein Kanton insgesamt weniger Impfdosen bekommen soll, als ihm gemäss dem Verteilschlüssel zustehen, halten wir für wenig zielführend», sagt Tobias Bär, Sprecher der Gesundheitsdirektorenkonferenz.

Kantone tauschen Impfdosen untereinander ab

Hingegen sei ein kurzfristiger Vorbezug oder Abtausch unter den Kantonen eine Möglichkeit, die vereinzelt auch schon praktiziert werde. Für die unterschiedlichen Impf-Geschwindigkeiten der Kantone gibt es laut Bär mehrere Gründe, etwa die Bevölkerungsstruktur und geografische Gegebenheiten. «Innerhalb der nächsten Woche dürften alle etwa das gleiche Verimpfungsniveau erreicht haben», sagt Bär.

So viele Moderna-Impfdosen erhalten die Kantone bis 22. Februar gemäss BAG

Auswahl Kantone im CH-Media-Gebiet

Kanton	Anzahl Impfdosen
Nordwestschweiz	
Solothurn	29 876
Basel-Stadt	21 597
Baselland	33 876
Aargau	68 847
Nord-/Ostschweiz	
Schaffhausen	9 543
Thurgau	28 220
Appenzell AR	6 178
Appenzell IR	17 29
St. Gallen	52 859
Zentralschweiz	
Schwyz	16 436
Zug	12 434
Luzern	41 986
Nidwalden	4 701
Obwalden	4 219
Uri	4 186
Weitere Kantone	
Graubünden	23 211
Wallis	37 389
Bern	119 326
Zürich	150 767

Gymis und Berufsschulen rechnen mit Fernunterricht

Bald könnte der Bundesrat neue Massnahmen beschliessen – Primarschulen sollen offenbleiben.

Alle 500 Schüler und 70 Lehrkräfte an der Mittelschule in Morbio Inferiore (TI) sind derzeit in Quarantäne. An der Schule sind 13 positive Fälle von Covid-19 festgestellt worden. Bei mindestens zwei besteht der Verdacht auf die als B.1.1.7 bekannte Virusmutation, die sich schneller verbreitet. Und an der Sekundarschule Reutenen in Frauenfeld mussten sich wegen einer am Freitag positiv auf die neue Mutation getesteten Schülerin sämtliche Angehörige der dritten Sekundarschulklassen in Quarantäne begeben.

Die beiden Fälle rücken erneut die Frage ins Zentrum, welche Rolle im Infektionsgeschehen die Schulen spielen. Während der Bundesrat die Restaurants bereits im Dezember und die meisten Einkaufsläden ab Montag geschlossen hat, bleiben die Schulen weiterhin geöffnet. Allerdings hat von der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) einen Bericht zum Thema angefordert. Die Kantone sollen aufzeigen, welche Massnahmen in obligatorischen Schulen getroffen werden könnten, falls dies unumgänglich wird. Den EDK-Bericht erhält der Bundesrat heute, am Mittwoch könnte er bereits neue Regeln erlassen.

Auch «Hardlinerin» Amherd will Primarschulen offen lassen

Gemäss der «SonntagsZeitung» will die EDK für die Oberstufe eine landesweit einheitliche Regelung. Oberstufenschüler reisen mit dem ÖV und verpflegen sich über Mittag in Läden und Take-aways. Sie sorgen stärker als Primarschüler für zusätzliche Mobilität.



Müssen Gymnasiastinnen bald in den Fernunterricht? Bild: Anthony Anex/Keystone

Die Forderung nach einer Schliessung der Primarschulen findet in der Politik derzeit wenig Unterstützung. Selbst die innerhalb des Bundesrats als Corona-hardlinerin geltende Verteidigungsministerin Viola Amherd (CVP) stellte in der «Schweiz am Wochenende» klar,

dass sie keinen entsprechenden Antrag gestellt habe: «Ich weiss, dass Schliessungen die Ultima Ratio sind.» Der Bundesrat habe die Kantone lediglich per Prüfauftrag aufgefordert, sich auf eine allfällige Schliessung ab Stufe Sekundarstufe vorzubereiten.

Demgegenüber wird die Forderung nach einer Schliessung der Gymnasien und Berufsschulen immer lauter. In der «SonntagsZeitung» forderte Epidemiologe Marcel Tanner, Gymnasiasten und Berufsschüler «angesichts der neuen Lage möglichst schnell wieder in den Fernunterricht» zu schicken. Auch für Lehrverbandspräsidentin Dagmar Rösler braucht es wegen der sich zuspitzenden Lage «ganz sicher weitere Massnahmen an den Schulen», bis hin zu begrenztem Fernunterricht.

Gymnasial- und Berufslehrer sind bereit – aber wollen Vorlaufzeit

Beim Verband der Gymnasiallehrer rechnet man damit, schon bald ganz oder teilweise auf Fernunterricht umstellen zu müssen, wie Präsident Lucius Hartmann gegenüber CH Media erklärt. Man sei «selbstverständlich» auf die Umstellung vorbereitet. Fernunterricht sei allerdings mit einer Abnahme der Chancengerechtigkeit verbunden. Im Gegensatz zum Frühjahr sollen Möglichkeiten für Prüfungen, Musik- oder Laborunterricht vor Ort bestehen bleiben – unter strengen Auflagen.

Auch bei den Berufsschullehrern stellt man sich auf Fernunterricht ein: «Es gibt für uns Lehrpersonen wieder einiges an Mehrarbeit, aber wir sind vorbereitet», sagt Andreja Torriani von Berufsbildung Schweiz. Er wünscht sich eine Vorlaufzeit von mindestens einer Woche. Und die Option, lernschwächere Schüler in Kleingruppen vor Ort unterrichten zu können.

Christoph Bernet

Partner dürfen weiter in WGs übernachten

Ab Montag gelten die neuen, verschärften Bestimmungen der Covid-Verordnung. Im privaten Bereich sind nur noch Treffen von maximal fünf Personen erlaubt. In rund 216 000 Haushalten mit insgesamt fast 1,2 Millionen Menschen leben schon fünf oder mehr Bewohner. Sie dürfen im Prinzip keine Besucher mehr empfangen.

Nebst Grossfamilien gehören dazu auch Wohngemeinschaften (WG). Ganz auf Besuch verzichten müssen WGs nicht, auch solche mit mehr als fünf Bewohnern. Wie das Bundesamt für Gesundheit (BAG) auf Anfrage mitteilt, können die Partnerinnen oder Partner von WG-Bewohnern weiterhin zum Übernachten vorbeikommen: Ein gleichzeitiger Besuch von mehreren Partnern gelte nicht als «private Veranstaltung» – vorausgesetzt es kommt dabei nicht zum gemeinsamen Abendessen mit mehr als fünf Personen. Ein solches zähle hingegen als private Veranstaltung mit einer Obergrenze von fünf Personen.

Bussen von 100 Franken möglich – doch zuerst wird gewarnt

Die Bundesverwaltung stellte letzte Woche vor den Medien klar, dass man keine «staatliche Kontrolle im Privatbereich hochziehen» will. Bei Übertretungen der Verordnung würden die meisten Polizeibehörden die betreffenden Personen zunächst über die Rechtslage belehren und verwarnen. Erst wenn die Personen sich weiterhin nicht an die Regeln halten, wird eine Busse ausgesprochen. Noch gibt es keine Empfehlung zur Höhe dieser Busse der dafür zuständigen Schweizerischen Staatsanwälte-Konferenz. Beim BAG rechnet man mit 100 Franken. (cbe)